

SVP muss jetzt Farbe bekennen

Blocher-Frage Die Fraktion kann sich am 27. November nicht um eine Antwort drücken

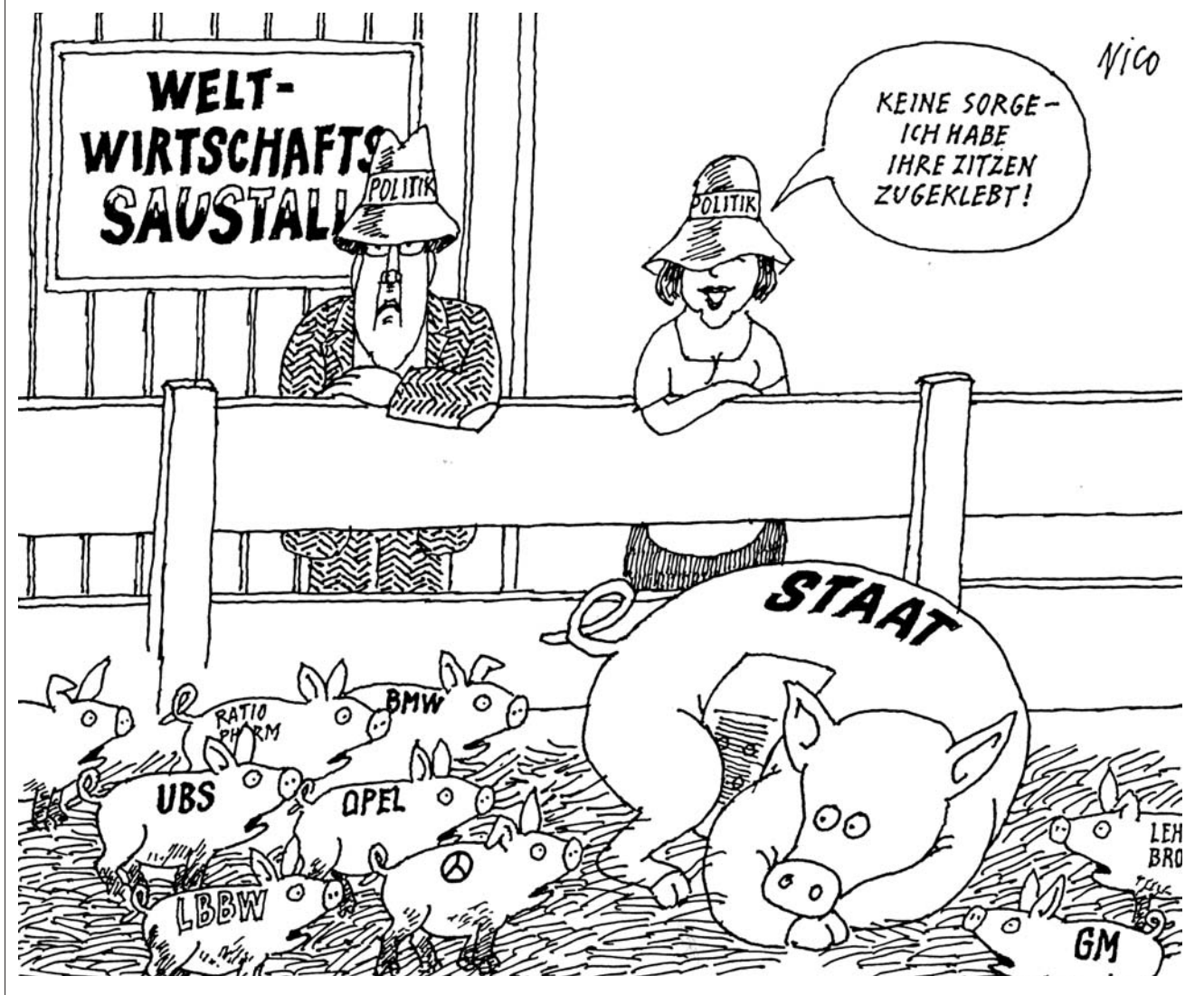


PETER BURI

Kommt er? Kommt er nicht? Kommt er allein oder zu zweit? Kommt er – um sich dann im richtigen Moment zurückzuziehen? Einmal mehr hält die Blocher-Frage die politische Schweiz in Atem. In dieser Intensität wahrscheinlich zum letzten Mal. Dies ist wohl auch mit ein Grund, weshalb die Protagonisten – Parteistrategen aller Couleur, Politexperten, Kommentatoren usw. – sie nochmals in vollen Zügen zelebrieren. Obwohl vieles von dem, was jetzt abläuft, offensichtlich war; vieles, was noch laufen wird, vorhersehbar ist. Die SVP-Spitze hatte monatelang die abtrünnigen Bundesratsmitglieder Eveline Widmer-Schlumpf und Samuel Schmid wegen Parteihochverrats unter Dauerbeschuss genommen. Und dabei verkündet, dass die Schweiz ohne Christoph Blocher verloren und höchstens noch durch eine konsequente, totale Oppositionspolitik vor dem Untergang zu retten sei. Mit seinem – vom Zeitpunkt her überraschenden – Rücktritt brachte Schmid die SVP-Führung nun ins Dilemma – zwischen Gesicht wahren und Führungsstärke beweisen. Um einen Hauch von Glaubwürdigkeit zu retten, musste Blocher in der jetzigen Phase von seiner Zürcher Hausmacht zwingend ins Kandidatenspiel gebracht werden. Auch wenn er bei den andern Parteien keine Chance hat und sich selbst in der SVP die Einsicht durchsetzt, dass seine Ära zu Ende ist und die Oppositionsübung abgebrochen werden sollte. Auf der andern Seite möchte Parteipräsident Toni Brunner gegen aussen die interne Zerreihsprobe kaschieren be-

ziehungsweise den Schein von Einigkeit und Handlungsfähigkeit wahren. Beides zusammen – Bekenntnis zu Blocher und Vermeidung von Flügelkämpfen – geht nicht. Auch die Rechnung, die Beantwortung der Blocher-Frage an die andern Parteien, den politischen Gegner, zu delegieren, geht nicht auf. Anders als bei der Abwahl vor einem Jahr gibt es keine Ränkespiele, Verschwörungstheorien oder Geheimpläne: FDP, CVP und SP signalisieren klar und deutlich, dass sie Blocher nicht wählen werden, und lassen offen, welche Konsequenzen sich daraus ergeben würden. Damit liegen die Karten für den 27. November auf dem Tisch – zumindest was die Blocher-Frage angeht. Somit sitzt die SVP-Fraktion in der Falle: Schickt sie Blocher solo ins Rennen, droht Wiederholung des 12. Dezember 2007 respektive Fortsetzung der diffusen Oppositionspolitik. Ist er die eine Hälfte eines Zweivorschlags, gilt die andere als gewählt. Wird er gar nicht nominiert, setzt die Fraktion endgültig den Schlusspunkt hinter das Kapitel Bundesrat Blocher. Nur Blocher selbst kann seine Partei aus der Zwickmühle befreien. In dem er sich – gebauchpinselt von den vordergründigen Avancen und Bekenntnissen – noch ein paar Tage im Gespräch hält. Um dann grossmütig zugunsten eines andern Hardliners, zum Beispiel Ueli Maurers, im letzten Moment den Verzicht zu erklären. Er hätte dann zumindest die Genugtuung, die Schlüsselposition Parteipräsident und SVP-Bundesratspräsident mit Gleichgesinnten besetzt zu haben. Mit Weggeführten, die sein politisches Erbe weiterpflegen. peter.buri@azag.ch

NICOS SEITENST(R)ICH



Unsinnige Rekurse

Gastautorin Verbandsbeschwerderecht und Demokratie



NATALIE RICKLI

In der Diskussion um das Verbandsbeschwerderecht gehen die Wogen hoch. An sich völlig zu Unrecht, denn die Volksinitiative, über welche wir in 10 Tagen abstimmen, will das Verbandsbeschwerderecht gar nicht abschaffen. Ziel der Initianten ist einzig, dass demokratische Volksabstimmungen nicht nachträglich von Verbänden auf gerichtlichem Weg unterlaufen werden können. Bei dieser Abstimmung geht es also

Gartencenter Meier, ein Familienunternehmen mit 140 Mitarbeitern, besteht seit 1894. Weil sich nicht nur der Betrieb, sondern auch das Dorf um das Gartencenter herum in den vergangenen Jahrzehnten stark weiterentwickelt hat, liegt der Betrieb nicht mehr am Dorfrand, sondern mitten im Dorfkern und damit im Wohngebiet. Aus diesem Grund haben sich die Stimmbürger dafür ausgesprochen, das Gartencenter neu an den Dorfrand umzusiedeln. Der neue Standort direkt bei der Autobahnausfahrt soll das Dorf vom Verkehr entlasten. Zudem sollen die Besucher das Gartencenter auf kürzestem Weg erreichen können. In zweijähriger Planung entstand ein Projekt, welches dem Unternehmen und der Gemeinde eine nachhaltige Weiterentwicklung unter Beibehaltung der Arbeitsplätze ermöglicht. Die Baukommission Dürnten hat das Baugesuch, für welches eine Umweltverträglichkeitsprüfung notwendig war, baurechtlich bewilligt. Was dann passiert ist, hat mit gesundem Menschenverstand nicht mehr viel zu tun: Der Verkehrs-Club der Schweiz (VCS) hat gegen das Projekt rekuriert und will eine Reduktion der Parkplatzzahl. Der VCS behauptet, dass 58 Prozent aller Kunden entweder gar nichts kaufen oder nur halb so viel, wie in einer Tragetasche Platz habe. Stellen Sie

Auf der anderen Seite bleiben so aber auch etliche Aufträge für die Gewerbebetriebe in der Region aus und es entsteht eine unsichere Situation für die Investoren. In diesem Zusammenhang müssen wir uns immer wieder die Bedeutung des Bausektors für die schweizerische Volkswirtschaft vor Augen halten. Im europäischen Vergleich sind die Bauausgaben pro Kopf in der Schweiz am höchsten. Dies liegt unter anderem an der überdurchschnittlichen Zahl von Infrastrukturbauten, aber vor allem auch an den hohen Qualitätsansprüchen und -anforderungen, welche sich in höheren Preisen niederschlagen. Während die Bauausgaben pro Schweizer im Jahr 2006 fast 4500 Euro betragen, lag diese Zahl in Deutschland gerade einmal bei 2600 Euro. Das Baugewerbe ist ein ausserordentlich wichtiges Gewerbe für die Schweiz. Die mehreren tausend Betriebe, welche Arbeitsplätze schaffen, sowie jährliche Investitionen von rund 50 Milliarden Franken sind bedeutend für unsere Volkswirtschaft. Doch die Bauwirtschaft kämpft mit Problemen: Die Entwicklung der Wertschöpfung des Bausektors vermag seit Jahren nicht mehr mit derjenigen der gesamten Wirtschaft mithalten. Dies hat verschiedene Ursachen. Ein Punkt, für welchen vor allem auch die Politik verantwortlich ist, sind die unzähligen Gesetze und Auflagen, welche die Kosten für die Unternehmen in die Höhe treiben und die Rahmenbedingungen verschlechtern. In kaum einem Bereich wurden in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten so viele Gesetze geschaffen wie bezüglich Raumplanung, Umweltschutz und Bauwesen. Dies zeigt: In der Politik ist dringend wieder mehr gesunder Menschenverstand gefragt. Darum engagiere ich mich für die Volksinitiative zur Einschränkung des Verbandsbeschwerderechts. Es darf nicht sein, dass Projekte, welche durch die Stimmbürger demokratisch beschlossen worden sind und welche gerade auch für das Baugewerbe von Bedeutung sind, nachträglich von Verbänden sabotiert werden können.

Davon geht die Welt nicht unter

Fernsehen SF produziert keine 2. Staffel der Arzteserie «Tag und Nacht» – na und?



OLIVER BAUMANN

bleiben wir bei den nüchternen Fakten: «Tag und Nacht» ist eine wunderbar fotografierte, produktionstechnisch herausragende Serie, die inhaltlich jedoch weniger überzeugte. Und der Sendeplatz war zweifelsohne schlecht gewählt. Am Freitagabend um 21 Uhr sitzt das angepeilte junge Publikum überall, nur nicht vor dem Fernseher. Und die älteren Zuschauer fühlten sich von der rasanten Erzählweise der Serie offenbar überfordert. Die Folge: Die Quote blieb unter den Erwartungen. Die logische Konsequenz: Das Schweizer Fernsehen lässt «Tag und Nacht» nach der ersten, bereits abgedrehten Staffel auslaufen. Was passiert? Fernsehregisseurin Ingrid Deltenre muss für diesen Entscheid harsche Kritik einstecken, sich vom Schauspieler Hans Schenker gar zum wiederholten Male als «Marketing-Tussi» beleidigen lassen. Die Gratispresse gibt den Tenor der in TV-Belangen unvermeidlichen Besserwisser Roger Schawinski und Peter Schellenberg ungefiltert wieder: Ingrid Deltenre hat alles, aber auch wirklich alles falsch gemacht. Wir hätten alles, aber auch wirklich alles anders gemacht. Dabei wissen sowohl Ex-Sat.1-Boss Schawinski als auch Ex-SF-Direktor Peter Schellenberg, die beide auch diverse Flops zu verantworten hatten, dass es praktisch unmöglich ist, den Erfolg oder Nichterfolg von TV-Formaten vorauszusagen. Fernsehen, so Schawinski in etwas bescheideneren Momenten, sei eben «trial and error». Tatsächlich lancieren TV-Sender auf der ganzen Welt täglich neue Formate – und setzen sie wieder ab, wenn die Quote nicht stimmt. Diese Möglichkeit muss man auch dem Schweizer Fernsehen zugestehen – ohne dass die ewigen Nörgler gleich so tun, als würde deshalb die ganze Welt untergehen. oliver.baumann@azag.ch

um den gesunden Menschenverstand und um die Zuverlässigkeit und Glaubwürdigkeit unserer direkten Demokratie. Was ist denn das «Verbandsbeschwerderecht» überhaupt? Dieses Sonderrecht wurde in den 60er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts geschaffen, weil man die damalige Gesetzgebung im Bereich Umwelt- und Naturschutz als ungenügend erachtete. Man wollte, dass die Natur auch einen «Anwalt» habe. Darum hat man gewissen Organisationen und Umweltverbänden ein spezielles Beschwerderecht zugestanden. Diese Verbände können gegen alle Bauvorhaben Beschwerden und Rekurse einreichen, auch wenn sie selber gar nicht davon betroffen sind. Leider ist mit dem Verbandsbeschwerderecht immer wieder Unfug und Missbrauch betrieben worden: Verbände haben mit unsinnigen Rekursen grosse Bauprojekte blockiert und verzögert. So konnten Investitionen nicht getätigt werden, das Gewerbe verlor Aufträge und Arbeitsplätze gingen verloren. Das neuste Beispiel ist ein Gartencenter im zürcherischen Tann-Dürnten. Das

Ich frage mich manchmal, in welcher Welt die Verbandsvertreter leben, nehmen sie ihr Bett oder Sofa mit dem Bus oder Zug mit nach Hause?

sich das einmal vor: Sie möchten 3 Kistchen Geranien kaufen, Brennholz oder ein kleines Bäumchen – wie soll man das im Bus oder Zug transportieren? Ich frage mich manchmal, in welcher Welt diese Verbandsvertreter eigentlich leben. Nehmen sie ihre Betten und Sofas vom Möbelgeschäft auch im Bus mit nach Hause? Tatsache ist: Wegen dieses Rekurses muss die für das Frühjahr 2010 geplante Eröffnung des Gartencenters um mindestens ein Jahr verschoben werden. Dies bedeutet wirtschaftliche Schwierigkeiten für das Gartencenter.